

Wahlprüfstein DIE LINKE

Deutsches Waffen Journal
Rudolf-Diesel-Str. 46
74572 Blaufelden

Waffenrecht

das Deutsche Waffen Journal wird als größtes Fachmagazin für Jagd-, Sport- und Sammlerwaffen in Deutschland auch von zahlreichen privaten Waffenbesitzern gelesen. Im Vorfeld der Bundestagswahlen interessiert unsere Leserschaft auch, wie die Parteien zu Fragen des Waffenrechts stehen. Wir möchten im kommenden Heft hierzu eine kleine Übersicht anbieten und haben einen Fragekatalog zusammengestellt, zu dem wir Sie jeweils um eine Stellungnahme bitten möchten.

Waffenrecht

Wie werden Sie gegen den illegalen Waffenerwerb und -besitz vorgehen?

DIE LINKE befürwortet die Neuauflage einer zeitlich begrenzten Amnestie zur Abgabe illegaler Waffen und Munition. Um den Anreiz zur Abgabe zu steigern, sollten für abgegebene Waffen und Munition Wertgutscheine ausgegeben werden.

Wie bewerten Sie die derzeitige Praxis, in der polizeilichen Kriminalstatistik die Liste der begangenen Straftaten nicht danach aufzuschlüsseln, ob diese mit legalen oder illegalen Waffen geschahen?

Die Idee, Straftaten mit Waffengebrauch nach legalen und illegalen Waffen aufzuschlüsseln, unterstützen wir ausdrücklich.

Ist eine Besteuerung von Waffenbesitzern oder eine Gebühr für Waffenkontrollen für Sie denkbar?

DIE LINKE sieht keine Veranlassung dafür, Waffenbesitz zu besteuern. Beim Kauf ist bereits eine Steuer entrichtet worden. Eine zusätzliche Steuer, um Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer zur Abgabe von Waffen zu drängen, trifft finanziell schlechter gestellte Menschen. Sport darf aber keine Frage des Geldbeutels sein. Ebenso lehnen wir eine Gebühr für Waffenkontrollen ab. Hoheitliches Handeln zur Aufrechterhaltung von Sicherheitsstandards darf nicht zur Einnahmesteigerung für die öffentlichen Haushalte missbraucht werden.

Wie stehen Sie zum Thema "bleifreie Munition" für Jäger?

DIE LINKE spricht sich für ein schrittweises Verbot bleihaltiger Jagdmunition aus. Dieses Ziel ist nach einem langen Diskussionsprozess unterdessen weitgehend unstrittig. Wir haben das Bundesagrarministerium aufgefordert, ein Ausstiegsszenario zu entwickeln, mit dem innerhalb der nächsten drei Jahre bleihaltige Jagdmunition vom Markt genommen werden kann. Das

gebietet die Vorsorge für die Verbraucherinnen und Verbraucher und für die Umwelt. Die dafür notwendigen Studien sind bedarfsgerecht zu finanzieren und unverzüglich zu Ende zu bringen. Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hat ergeben, dass die Bundesregierung bei der Unterstützung zum notwendigen Umbau der Schießstände sehr vage bleibt. Dabei ist es besonders wichtig, dass Jägerinnen und Jäger dort gefahrlos mit bleifreier Munition üben können. Deshalb sollte die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern diskutieren, ob im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) Geld für den Umbau der Schießstände zur Verfügung gestellt werden kann.

Wie bewerten Sie die bestehenden Regelungen zur Unterbringung von Waffen?

Die Lagerung von Waffen und Munition in zertifizierte Waffenschränke hat zu einem erheblichen Sicherheitsgewinn geführt. Durch die Möglichkeit von Kontrollen zur korrekten Lagerung wird ein zusätzliches Bewusstsein geschaffen, keine Verstöße bei der Lagerung zuzulassen. Die Möglichkeit, eine Waffe im Haushalt zu entwenden, besteht trotzdem. Durch einen sorglosen Umgang bei der Lagerung oder eine bekannte Schlosskodierung können insbesondere Angehörige an eine schussbereite Waffe gelangen. Deshalb muss weiterhin über Lösungen nachgedacht werden, wie die Missbrauchsmöglichkeit legaler Waffen weiter eingeschränkt werden kann.

Waffenhandel

Wie stehen Sie zu legalem, grenzüberschreitendem Waffenhandel und -transport?

Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Denn sie schaffen erst die Voraussetzung für gewaltsame Konfliktlösungen. Auch durch deutsche Rüstungsexporte wurden unzählige Konflikte zugespitzt und repressive Staaten befähigt, ihre Bevölkerung zu unterdrücken. Und Tatsache ist: Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen lehnen Rüstungsexporte ab. 78 Prozent sprachen sich in einer Emnid-Umfrage gegen jeden Export von Rüstungsgütern aus.

Die Linke fordert ein gesetzliches Verbot aller Rüstungsexporte. Ohne jede Ausnahme. Als erste Schritte hin zu diesem Verbot fordern wir vier konkrete Verbote, die sofort umgesetzt werden sollen:

- 1. ein Verbot des Exports von Kleinwaffen (Sturmgewehre, Maschinenpistolen)*
- 2. ein Verbot des Exports von Waffenfabriken*
- 3. ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern an Staaten, die die Menschenrechte mit Füßen treten*
- 4. keine staatliche Förderung, Finanzierung oder Absicherung von Rüstungsexporten.*